



# Das Reichsbanner

Nr. 11 16. Jahrgang November 1972

Organ des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold und des Freiheitsbundes e. V. Berlin  
BUND AKTIVER DEMOKRATEN

## Wählen heißt auswählen!

„Wahlrecht ist Wahlpflicht!“ Das braucht man uns nicht zu sagen. Wohl keiner von uns hat jemals ohne triftigsten Grund versäumt, an einem Wahltag seine Stimme abzugeben. Aber was einzuüben ist, das ist die verstärkte Kontrolle und Kritik aller Parteien und ihrer Kandidaten. Letztere werden leider immer noch von verschwindenden Minderheiten erkürt. Gewiß, viel mehr Wähler müssen aktive Mitglieder in den Parteien werden. Aber dennoch wäre zu überlegen, ob das amerikanische Primärwahlsystem, das alle Staatsbürger an der Aufstellung der Kandidaten beteiligt, nicht bei uns eingeführt werden sollte. So große Rechte wie der amerikanische hat der deutsche Staatsbürger nicht. Dennoch können auch wir einiges bewirken. Wir können es auch dann, wenn wir bei der Aufstellung der Kandidaten nicht mitwirken konnten oder überrollt wurden.

Denn keiner von uns kann gezwungen werden, seine Stimme jedem Kandidaten seiner Partei zu geben. Wem ein Kandidat nicht paßt, der kann mit seiner Erststimme einen anderen wählen und mit seiner Zweitstimme immer noch die Liste der von ihm bevorzugten Partei ankreuzen. So schadet man seiner Partei nicht, weil die Fraktionsgrößen nach der Zahl der Zweitstimmen errechnet werden. Die Parteiführer werden sagen, sie hätten keine Stimme zu verschenken. Nun, auch sie haben nur eine, ihre eigene. Und mit der können sie sich so frei entscheiden wie wir mit unserer. So kann man uns nicht kommen! Entweder hört man dem Wähler rechtzeitig aufs Maul oder man nehme in Kauf, daß der Wähler den Mächtigen eine aufs Maul gibt! Geben wir Funktionären, die mit der angeblichen Dummheit der Wähler allzu sorglos gerechnet haben, einen deutlich lesbaren Denkartzettel!

Welche Parteien nun sind für uns aktive Demokraten wählbar? Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold ist unabhängig und überparteilich. Aber es ist niemals neutral, wenn es um die Ausgestaltung unserer Demokratie geht. Hier nehmen wir ganz eindeutige Stellung. Wischi-Waschi-Stil und Eiertänze kann uns niemand aufzwingen! Nazis, Faschisten, Opportunisten, Autoritäre und Arrogante dulden wir auch dann nicht, wenn sie sich in eine demokratische Partei eingeschlichen haben. Unsere Rechte gehen um einiges weiter, als nur alle vier Jahre in Bund, Land und Gemeinde unsere Stimme abzugeben und dann „stimmlos“, manchmal sprachlos mitanzusehen zu müssen, was unsere „Vertreter“, nur ihrem famosen Gummigewissen verpflichtet, alles treiben. Jetzt ist Zeit, diesen arroganten Burschen in die Kniekehlen zu treten, damit sie stürzen!

Welche Parteien sind also wählbar? Sagen wir es kurz: die drei großen und eine Reihe von kleinen. Die SPD, die CDU und FDP, also die großen Parteien, sind, alles in allem genommen, vertrauenswürdige demokratische Parteien. Es entspricht der Reichsbanner-Tradition, daß extremistische Parteien, die nicht auf dem Boden des Grundgesetzes stehen, nicht wählbar sind. Ebenso lehnen wir seit den zwanziger Jahren deutschnationale und reaktionäre Parteien ab, insbesondere wenn sie, wie die CSU 1949, das Grundgesetz abgelehnt haben. Die CSU hat zudem in ihrem langjährigen, stets mit großen Mehrheiten bestellten Vorsitzenden Strauß ein lebendes Programm, das mit seinen unzähligen, sagen wir xy ungelösten Affären das Vertrauen aller Demokraten verspielt haben sollte. Wer, wie Strauß und seine CSU, zur Bildung der „Nationalen Sammlungsbewegung“ aufruft und mit Rechtsextremisten paktiert, ist nicht mehr wählbar! Es fehlt nur noch wenig, und die CSU ist eine neofaschistische Partei! Wir lassen uns nicht

blenden. Nicht jeder, der sich „demokratisch“ nennt, ist demokratisch, sonst müßten auch die „Nationaldemokraten“ für echte Demokraten gelten.

Wählbar sind also CDU, SPD und FDP. Das zu den Parteien, für die wir unsere Zweit- oder Listenstimmen haben. Was ist nun mit den Kandidaten, für die wir unsere Erststimmen haben? Jeder in seinem Wahlkreis soll sich seine Kandidaten genau ansehen und sich dann frei entscheiden. Wir wollen aus der Sicht aktiver Demokraten einige Beispiele geben.

Die CDU ist durchaus wählbar, sagten wir schon. Aber das heißt nicht, daß alle CDU-Kandidaten das Vertrauen von uns Reichsbanner-Mitgliedern erringen können. Wer, wie Dregger und Windelen, als Strauß-Anhänger erkenntlich ist, darf unser Kreuz nicht erhalten. Er ist selbst das Kreuz, das die CDU zu tragen hat. Wer, wie Mende, davon redet, dies seien die letzten freien Wahlen, falls die SPD und FDP wieder die Mehrheit erhielten, hat sich so schroff undemokratisch verhalten, daß er die Unterstützung von Demokraten nicht mehr erhält. Im Gegenteil!

Bei der SPD hätte es fast eine Reihe von Kandidaten gegeben, die wir beim besten Willen nicht hätten wählen können. Aber die Firmenberater mit ihren lukrativen Nebeneinnahmen sind ebenso von der Bildfläche verschwunden wie der Machens-Schwager Schiller. Hier bleibt nur ein besonderer Freund des Reichsbanners, der sich seit Jahresfrist dadurch empfohlen hat, daß er sich in interne Auseinandersetzungen unseres Bundes eingemischt und sogar zur Denunziation ermuntert hat. Sein Name soll nicht genannt werden, wir machen keine Propaganda für ihn. Wir empfehlen ihn auch nicht zur Wahl. Wir sind überparteilich und empfehlen seinen Gegenkandidaten Pieroth. Er ist zwar Millionär, aber er hat nicht das arrogante Auftreten eines feinen Herrn, der immer nur „oben“ war und bleiben will. Er ist nicht Sozialdemokrat, aber sozial und demokratisch. Er hat sein Vermögen mit seinen Arbeitern geteilt und damit bewiesen, daß der christliche Impuls, mit dem er der Jungen Union beitrug und bei ihr blieb, echt ist.

Wenden wir uns der FDP zu. Auch hier gibt es nur einen Kandidaten, den wir nicht schlucken werden. Denn wählen heißt auswählen! Wir wählen nicht den früheren Ribbentrop-Diplomaten Achenbach, der seinen ehemaligen NS-Kollegen Horst Wagner nicht nur verteidigt (wie er vor einigen Jahren auch für den Judenmörder Rademacher Spenden gesammelt hat), sondern seit 1965 sogar als freien Mitarbeiter beschäftigt hat. Diesem Wagner wirft die Staatsanwaltschaft vor, bei der Deportation und Ermordung europäischer Juden mitgeholfen zu haben. Wagner floh 1948 über die „Klosterlinie“ nach Italien und Südamerika. Seit 1960 verschleppt er mit immer neuen Krankheits-Attesten seinen Prozeß. Sein Helfer Achenbach paßt nicht in die demokratische und humanistische Landschaft!

Dies also zu den Auswahlmöglichkeiten unserer Erststimme, die natürlich auch das Recht zum Nichtauswählen, zum Abwählen einschließt. Für unsere Zweitstimmen aber bieten, von den zitierten Beispielen einmal abgesehen, die SPD, CDU und FDP ein gutes Bild. Viele unserer Kameraden arbeiten in diesen Wochen im Wahlkampf mit. Die Mitglieder des „Freiheitsbundes“ wirken in der Bundesrepublik. Der Landesverband Bremen/Weser-Ems arbeitet höchstwahrscheinlich zugunsten der SPD und FDP mit den betreffenden Wählerinitiativen in Bremen und Niedersachsen zusammen.

Der Ortsverband Leverkusen agiert in und mit der SPD. Vielleicht gibt es auch Kameraden, die positiv bei der CDU mitarbeiten. Bei den Extremisten und der CSU ist jedenfalls kein Reichsbanner-Mann zu finden. Denn, es sei wiederholt, wir sind ein unabhängiger und überparteilicher Verband. Aber wir sind alles andere als neutral!

Diese Bundestagswahl entscheidet stärker über unsere Zukunft als alle vorhergehenden. Werden die Reform- und die Ostpolitik fortgeführt werden können? Oder gelingt es der CSU/CDU, diesem Verein demokratischer, liberaler, konservativer, nationalistischer und nazistischer Elemente, zurück an die Macht zu kommen? Wir machen kein Hehl aus unserer Hoffnung, daß die Regierung Brandt-Scheel sich durchsetzen möge. Dies ist die Hoffnung der überwältigenden Mehrheit unserer Kameraden, die man einer unangebrachten Neutralität zuliebe nicht totschweigen kann. Wir sind ein politischer Bund und können in einer so lebenswichtigen Entscheidung wie es diese Bundestagswahl ist, nicht schweigen. Denn die CSU/CDU wird wegen ihres starken nationalistischen Flügels (Strauß: „Der Atomsperrvertrag ist ein Super-Versailles!“) innen- und außenpolitisch Widerstände provozieren, denen die kleine Bundesrepublik einfach nicht gewachsen ist. Dafür hätten alle Demokraten und alle Deutschen zuletzt die Zeche zu zahlen! Wir sagen ganz offen: Auch die unter uns, die Barzel ablehnen, würden einen gewählten Kanzler Barzel völlig akzeptieren. Aber einen Superkanzler Strauß kann kein Demokrat tolerieren. Deshalb sind wir für die Wahl ordentlicher CDU-Kandidaten; es gibt ihrer viele. Aber wir hoffen, daß die SPD und FDP eine solide Mehrheit erhalten.

Denn nur eine erneute Niederlage der CDU könnte diese Union unvereinbarer Elemente in den notwendigen Entscheidungsprozeß hineinzwingen. Strauß hat Barzel schon Konsequenzen für den Fall einer Niederlage angedroht. Warum, Demokrat Barzel, drehen sie den Spieß nicht um? Die Barzel, Katzer, Blüm, Breidbach, Kohl, Köppler, Filbinger, Echternach, Wörner, Leisler-Kiep usw. usw. müßten sich fragen, ob sie ihre Niederlage nicht doch den Strauß, Dregger, Windelen, Marx, Zoglmann, Becher, Mende, SS-Fricks usw. zuzuschreiben haben. Nein, wir scheren die CDU gewiß nicht über den CSU-Kamm! Wir sind fähig, die Wölfe von den Schafen zu unterscheiden. In der CDU gibt es ein wichtiges demokratisches und soziales Potential, dessen unsere Demokratie bedarf. Wir lassen nicht zu, daß es nazifiziert wird! Deshalb nennen wir Roß und Reiter. Deshalb sprechen wir deutlich aus, wen wir für regierungsfähig halten und wen nicht. Die CDU in ihrer heutigen „verstraußten“ Form ist noch nicht regierungsfähig. Löst sie sich aber einmal von Strauß, gibt sie zu großen Hoffnungen Anlaß!

Wir machen darauf aufmerksam, daß die nächste CDU-Fraktion mehr Vertreter des Arbeitnehmer-Flügels aufweisen wird, als das jemals der Fall war. Der „Katzer-Flügel“ wird wahrscheinlich stärker als die CSU werden, wenn man die CSU-Freunde in einigen CDU-Landesverbänden nicht einrechnet. Deshalb ist es so wichtig, daß wir Wähler unter den Kandidaten auswählen. CDU-Wähler sollten ihre Partei wählen, aber mit der Erststimme ruhigen Gewissens lieber einen Sozialdemokraten wählen als einen Christnazi! SPD-Wähler sollten SPD wählen, aber mit der Erststimme kühlen Kopfes lieber einen sozialen Christen wählen als einen unsozialen SPD-Kandidaten!

Der „IG Adel und Banken“ in Hessen und den anderen Reaktionen und Kapitalisten, die noch einmal Millionen für die CSU/CDU locker gemacht und ganze CDU-Landesverbände wie die ehemalige Hilpert-Fay-CDU Hessens umfunktioniert haben, ist in ihrem blindwütigen Wühlen gegen die Bundesregierung noch gar nicht aufgefallen, daß es — sieht man sich die Landeslisten der CDU genauer an — im nächsten Bundestag eine solide Mehrheit von Sozialdemokraten, christlichen Arbeitnehmern und Linksliberalen für die Mitbestimmung geben wird. Nur eines muß man den christlichen Arbeitnehmern wünschen: weniger Demut vor den Pfeffersäcken und mehr Mut zum selbstgestellten sozialen Auftrag! Diese Tatsache allein ist schon ein Sieg der Demokratie, bevor die Wahlen stattgefunden haben. Passen wir umso mehr auf, daß die enttäuschten und um ihre Pfründen und Privilegien bangenden Kapitalisten nicht den ganzen parlamentarisch-demokratischen „Spielteich“ umstoßen und sich Obristen kaufen!

Noch einmal in kritischer Unabhängigkeit und Überparteilichkeit: Wählbar sind SPD, CDU und FDP sowie die kleineren demokratischen Parteien. Nicht wählbar sind die extremistischen Parteien und die CSU sowie alle Kandidaten in allen Parteien, deren demokratische Unzuverlässigkeit erwiesen ist. Notfalls muß man durch Abgabe der Zweitstimme für seine Partei und durch Abgabe der Erststimme für den Kandidaten einer anderen Partei eine größere Mitsprache- und Auswahlmöglichkeit erzwingen.

Wem auch immer wir innerhalb dieses weiten demokratischen Rahmens unsere Stimme geben: Wir erwarten Solidarität von allen Demokraten und sind solidarisch mit allen Demokraten in SPD, CDU und FDP! Gute Auswahl!

H. Nerter

## Nach der Bundeskonferenz vom 16./17. 9. 1972 setzt sich nunmehr unser Bundesvorstand wie folgt zusammen:

### Ehrenvorsitzende:

Christian Weiß, Frankfurt am Main  
Im Uhrig 39, Telefon 06 11 / 51 18 25

Dietrich Westermann, Bremen  
Plettenberger Weg 18, Telefon 04 21 / 44 07 33

### 1. Vorsitzender:

Willi Haag (58), 6 Frankfurt am Main 50  
Ulrichstraße 78, Tel. 0611/511105 (priv.), 2647/340 (dienstl.)

### 2. Vorsitzende:

Helmut Esser, 609 Rüsselsheim  
Wilhelm Sturmfelsstraße 7

Hans-Jürgen Funk (29), 6 Frankfurt am Main  
Draisbornstraße 1, Telefon 06 11 / 45 80 73

### Schriftführer:

Kurt Köhler (61), 6 Frankfurt am Main 1  
Mainzer Landstraße 472, Telefon 06 11 / 212 4485

### Stellvertretender Schriftführer:

Willi Krämer (65), 623 Frankfurt am Main  
Engelsruhe 14, Telefon 06 11 / 31 73 10

### 1. Kassierer

Fritz König (70), 6 Frankfurt am Main  
Camillo-Sitte-Weg 65, Telefon 06 11 / 76 46 95

### 2. Kassierer

Willi Haug (69), 62 Wiesbaden-Biebrich  
Biebricher Allee 88, Telefon 0 61 21 / 8 35 12

### 1. Jugendleiter

Adolf Bost (37), 53 Bonn  
Bergstraße 66, Telefon 0 22 21 / 23 96 79

### 2. Jugendleiter

Angelika Wetzke (26), 6 Frankfurt am Main  
Am Schiessrain 22, Telefon 06 11 / 45 75 24

### Pressereferent und Redakteur „Das Reichsbanner“

Erich Knapp (40), 5205 St. Augustin  
Narzissenweg 19, Telefon 0 22 41 / 2 56 87

### Stellvertr. Pressereferent und stellvertr. Redakteur „Das Reichsbanner“

Walter Jansen, 23 Kronshagen über Kiel  
Steindamm 1c, Telefon (04 31) 58 13 24

### Revisoren:

Walter Fiedler, Ernst Schebler, Albert Schmidt

### Schiedskommission:

Heinrich Ditter, Walter Fiedler, Ernst Schebler, Willi Schmidt,  
Willi Sittly

Dem Vorstand gehören außerdem alle Landesvorsitzenden an.

## Auflösung der österreichischen NPD verlangt

Der österreichische „**Bund sozialistischer Freiheitskämpfer**“ hat die Auflösung der „Nationaldemokratischen Partei“ (NDP) verlangt. Wie ein Sprecher der Freiheitskämpfer am Dienstag in Wien erklärte, sei die NDP maßgeblich an „den gesetzwidrigen Aktionen“ in Kärnten im Zusammenhang mit dem sogenannten Ortsschilderkrieg beteiligt gewesen. Auch Innenminister Otto Rössler hatte bestätigt, daß der NDP „nahestehende“ Kreise an den Ausschreitungen in Südkärnten beteiligt gewesen seien.

In der vergangenen Woche hatte der Kampf gegen Ortsschilder mit Aufschriften in slowenischer und deutscher Sprache ihren Höhepunkt erreicht. Deutschsprachige Kärntner montierten in den 205 Ortschaften mit slowenischen Minderheiten nahezu alle Ortstafeln, die einer Bestimmung des Staatsvertrages zufolge aufgestellt worden waren, ab.

# Wohin steuert die Junge Union?

Von Fritz Sänger

Die Junge Union hat erklärt, sie wolle nicht mehr nur oder zuerst an sozialdemokratischen Aktivitäten messen, was sie selbst zu tun habe und wie sie sich einstellt, sondern eigene Wege suchen. Das wird Zeit und es wäre lobenswert. Vielleicht wird sie dann auch erkennen, daß sie deutlicher als bisher sagen muß, wie rückständig die Partei ist, deren Zukunft diese Jugend darstellt. Eine Partei, die erfolgreich arbeiten will, muß für die Jugend wirken und kann nicht „das gute Alte“ als den größeren Wert schätzen.

Das gilt für alle Parteien, selbstverständlich, und keine kann sich an der Tatsache vorbeischieben, daß die Jugend neue Hoffnungen hat, neue Ideen in die Auseinandersetzung um Ziele und Wege bringt und eine größere Gerechtigkeit verlangt als sie bisher erlebt hat. Je leidenschaftlicher sie auftritt, desto hoffnungsvoller sollte eine selbstbewute ältere Generation in die nächsten Jahrzehnte schauen. Das Verhältnis von Programm und Wirklichkeit muß steter kritischer Würdigung ausgesetzt bleiben, wenn der Fortschritt nicht versäumt werden soll. Auch die ältere Generation hat einmal lernen müssen, wie leicht, wie frei schöpferische Gedanken beieinander wohnen und wie hart und schmerzvoll sich die Erfahrungen dann an der Wirklichkeit stoßen, die überwunden werden soll, damit eine schönere Zukunft entsteht.

Hat sich die Junge Union etwa von den Jungsozialisten oder von den Jungdemokraten anstecken lassen? Will sie etwa „radikal“ werden? Oder drängt sich ihr doch noch eine Lehre auf, deren wir gegen Ende des 20. Jahrhunderts eigentlich nicht mehr bedürfen sollten: Jugend will und sollte nicht gelenkt werden, wo sie eigene Wege erforscht.

Wer etwas will, was neu in Wesen und Methode ist, braucht noch lange nicht radikal zu sein, auch wenn seine Gedanken weit vom Herkömmlichen abweichen.

Wer leidenschaftlich und beharrlich theoretisch und in praktischen Versuchen neue Ziele anstrebt, ist noch kein „Kommunist“ in der gewollten Bedeutung eines Wortes, das Schimpf und Gefahr und Drohung zugleich meint.

Wer sich mit solchen, die dies tun und sich so verhalten, abgibt, diskutiert, auseinandersetzt, ist nicht „ihresgleichen“ und schon überhaupt nicht der „Abschaum der Menschheit“ oder auch nur eine „Gefahr für den Staat und die Ordnung unserer Gesellschaft“, um nur einige der vielen Phrasen zu zitieren, mit denen allzu viele, die Verantwortung tragen, sich billig der Notwendigkeit entziehen möchten, mit Argumenten und unanfechtbaren Tatsachen gegen Forderungen und Illusionen anzugehen.

Die politische Diskussion in der Bundesrepublik droht zu erstarren. Lassen wir den alten Ben Akiba weg, den umstrittenen, der meinte, es sei alles schon einmal da gewesen. Wir jedenfalls erinnern uns der Jahre, in denen wir nach dem ersten Weltkrieg nicht gerade zu den Stillen im Lande gehörten, auch nicht in der SPD. Wir erinnern uns dessen gern und möchten die Jahre und das Wollen nicht missen, das übrigens nicht ohne Erfolg geblieben ist. Wenn schon die Jugend darauf verzichten sollte zu drangen, zu stoßen, zu fordern, zu prüfen, zu examinieren, was wollen wir dann von den Etablierten erwarten, wenn es uns wirklich um den ständigen Fortschritt zu tun ist!

Im übrigen übersehen ja alle, die auf die Jungen in der Union, in der SPD oder bei der FDP schauen, daß es auch junge Kommunisten gibt. Wir haben das in länger als einem halben Jahrhundert sorgfältiger Beobachtung der politischen Wirklichkeit unschwer bemerkt, so selten davon auch geredet wird, am wenigsten in Ländern, in denen die Kommunisten herrschen. Wer zu Mao reist, kann auch selbst dort, wie man hört und liest, Feststellungen treffen, die zu denken geben.

Die Unionsparteien werden gewiß nicht darauf verzichten, den Wahlkampf mit der Angst zu führen, Angst vor dem Radikalismus, vor allem, was sie in zwei Jahrzehnten Regierungsverantwortung haben wachsen sehen. Ihnen fiel in der Zeit ihres Regierens nichts ein und sie haben auch heute keine Sachargumente und werden ungeachtet aller Einsichten und Erkenntnisse allein nach ihren Interessen (und Interessenten) handeln.

Da wird behauptet und unterstellt, gehetzt und verleumdet werden. Die Jugend des eigenen Volkes, vielfach der eigenen Gesellschaftskreise, wird verteufelt werden und die Parteien, in deren Jugend der Fortschritt seine entschiedensten Förderer hat, Sozialdemokraten und Liberale, werden als die Bringer des Verderbens gezeichnet werden. Von sachlichen Programmen wird nicht die Rede sein. Denn die Union glaubt nicht an eine Zukunft, sie versucht die Vergangenheit zu verankern, ihre Macht und ihre Chancen. Um so mehr wird sie von der Zukunft reden, wie sie es immer getan hat, ohne Alternativen, ohne neue Gedanken, ohne Konzepte und ohne den Mut zum Risiko, das im Wettbewerb der Völker unentbehrlich ist.

Die Junge Union hat an diesem Bild der konservativen Parteien in der Bundesrepublik bisher nichts geändert.

(Bremer Bürger-Zeitung, 18. 8. 1972)

## Aus den Landesverbänden und Ortsvereinen

### Aufruf an alle Kameraden des Landesverbandes Hamburg!

Die in Frankfurt/Main durchgeführte Bundeskonferenz hat einstimmig den Beschluß gefaßt, daß die Bundeskonferenz 1974 in Verbindung mit der Wiederkehr des 50. Grundungstages des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, in Hamburg durchgeführt wird. Dies ist ein Beschluß, dem wir Folge leisten müssen. Damit haben der LV Hamburg und seine Mitglieder die hohe Ehre, die Bundeskonferenz und die Gründungsfeier Ende Februar 1974 durchzuführen. Vorgesehen ist die Friedrich-Ebert-Halle in Hamburg-Harburg.

Kameraden, wir sind uns alle bewußt, daß wir eine schwere Arbeit vor uns haben. Nach der Bundestagswahl werden die Landesvorstände der LV Hamburg und Bremen/Weser-Ems über die organisatorische Arbeit beraten. Es sei heute schon gesagt, daß jeder Kamerad eine Aufgabe erhalten wird, die für die Durchführung der Konferenz und der Gründungsfeier notwendig ist. Dies sind wir unseren Kameraden im Bundesgebiet, Berlin und im Ausland schuldig. Alle Kameraden mögen überlegen, was wir tun können. Somit auch unser dringender Appell an unsere passiven Mitglieder, den Landesverband in jeder Hinsicht zu unterstützen. Denkt nach und helfe mit. Februar 1974 ist nicht allzu weit weg, es sind noch 17 Monate. Bis zum Ablauf der Bundeskonferenz und der Feier des Grundungstages darf es keine Passivität mehr geben!

Wir sind immer noch ein Bund aktiver Demokraten und nicht ein Bund passiver, außer der Reihe tanzender Kameraden.

Gerade wir vom LV Hamburg müssen nunmehr beweisen, daß der Geist des Reichsbanners nicht nur der einer Traditionsgemeinschaft ist. Wir wollen unserer demokratischen Bevölkerung in Hamburg, den Parteien und anderen Organisationen beweisen,

daß auch in Hamburg ein Fundament aller aktiven Demokraten besteht. Darum bittet Eure Ehefrauen, Eure Braute, Eure Kinder, Opfer zu bringen, um mitzuhelfen. Jede rührige Hand bei der Gestaltung der Konferenz und der Gründungsfeier ist willkommen. Darum gebt uns Hinweise, helft mit, übt Kameradschaft.

Kameraden, unsere RB-Zeitung kostet ab 1. 10. 72 DM 0,50 als Folge von Lohnsteigerung und Verteuerung des Zeitungspapiers. Wir bitten, das Zeitungsgeld jeweils mit der Beitragszahlung auf unser Postscheckkonto Hamburg, Kto.-Nr. 345 196 vorzunehmen. Auch die ausstehenden Beiträge sind unbedingt einzuzahlen.

Zur nächsten Mitgliederversammlung darf ich um das Erscheinen aller Kameraden bitten, damit neue Richtlinien besprochen werden können. Wer abseits steht, schadet der Kameradschaft.

i. A. Beuk (Schriftführer)

gez. Helmut Corterier  
(1. Landesvorsitzender)

### Ortsverein Frankfurt

Einladung zur Mitgliederversammlung mit Gästen am

Sonntag, den 4. 11. 1972, 15 Uhr, im Bootshaus in Frankfurt/Main-Fechenheim.

Bundesvorsitzender Kam. Haag berichtet über die Bundesversammlung in Frankfurt am Main.

Weitere Themen: Politische Situation und Reichsbanner. Bringt Freunde mit! Das Lokal ist bequem zu erreichen: Endstation der Linie 14, 2 Minuten Fugang.

Funk-Ortsvereinsvorsitzender

## Das aktuelle Buch:

SPD 72

**Neue Beiträge zur Mobilisierung der Sozialdemokratie**

128 Seiten, DM 6,80

In den letzten Jahren, seit sozialdemokratische Politik die reale Chance hat, sich in der Regierungsverantwortung zu bewähren, konnten eine Reihe wichtiger Reformen angepackt oder verwirklicht werden. Dabei läßt sich nachweisen, daß innerparteiliche Diskussionen, in erster Linie die Argumente progressiver Sozialdemokraten, für die ein Arrangement mit der bestehenden, festgefahrenen Gesellschaftsordnung ebenso wenig in Frage kam wie falsch verstandener Pragmatismus, die in der sozialliberalen Koalition regierungsverantwortlichen Sozialdemokraten stimuliert haben. Der Brennstoff für den Reform-Motor dieser Regierung wurde nicht nur in Bonn, sondern vor allem in innerparteilichen Debatten im ganzen Land destilliert. Sie reichten — wie die im Seeliger-Verlag veröffentlichten Broschüren „SPD — großer Kompromiß ohne Ende?“ (1969), „Quo vadis SPD?“ (1971) und vorliegende Diskussionschrift „SPD 72“ dokumentieren — von der Auseinandersetzung um den Koalitionsentscheid 1969 und die Ablehnung einer Fortdauer gemeinsamer Regierungsverantwortung mit den Unionsparteien bis zur kritischen Frage, warum es der SPD als Regierungspartei nicht gelungen ist, ihre verwirklichten Reformen über die Grenzen hinauszuführen, die durch eine jahrzehntelange Vorherrschaft der bürgerlichen Parteien und Gesellschaftsgruppen gesteckt wurden.

Freilich kann nicht geleugnet werden, daß die innerparteiliche Meinungsbildung und kritische Einschätzung demokratischer Reformkonzepte — orientiert am Godesberger Programm, nach dem Demokratie erst durch Sozialismus verwirklicht wird —, noch nicht genügend entwickelt ist, um als „Transmissionsriemen“ Parteivolk, Parteiführung und Regierung wirkungsvoll zu verbinden. Die Autoren der vorliegenden Schrift sind sich des Nachholbedarfs an selbstkritischer Partei-Analyse bewußt und verstehen ihre Thesen und Argumente, die nicht nur für die Parteitagdiskussion und Bundestagswahl aktuell, sondern auch darüber hinaus von grundsätzlicher Bedeutung sind, als Beitrag zur Mobilisierung der Sozialdemokratie.

Bestellungen über den Buchhandel oder direkt  
**Verlag Rolf Seeliger - 8 München 40 - Gernotstraße 4**

### Antwortschreiben des Bundeskanzleramtes

Nachfolgend das in der letzten Ausgabe angekündigte Antwortschreiben des Bundeskanzleramtes:

**BUNDESKANZLERAMT**  
II/2 - K 61394/72

53 Bonn, 25. Juli 1972

An den

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold e. V.  
Bund aktiver Demokraten  
— Landesverband Nordrhein-Westfalen —  
z. Hd. des Landesvorsitzenden

Herrn Erich Knapp

5205 St. Augustin  
Narzissenweg 19

Sehr geehrter Herr Knapp,

im Auftrag des Herrn Bundeskanzlers bestätige ich den Empfang Ihres umfangreichen Schreibens von 4. Juli 1972 und danke Ihnen insbesondere für Ihre ausführlichen Darlegungen zum Begriff „Nation“. Ihre Gedanken sind aufmerksam gelesen worden.

Die Auffassung der Bundesregierung zu diesem zentralen Punkt ihrer Deutschlandpolitik hat der Herr Bundeskanzler im diesjährigen „Bericht zur Lage der Nation“, den ich Ihnen übersenden darf, erneut umrissen.

Was die von Ihnen angesprochenen Kontakte mit Prag anlangt, so hält die Bundesregierung an der Linie fest, die schon in den Moskauer Absichtserklärungen skizziert worden ist: Regelung der mit der Ungültigkeit des Münchner Abkommens verbundenen Fragen in einer für beide Seiten annehmbaren Form. Welcher Art diese Regelung sein wird, muß den Verhandlungen vorbehalten bleiben.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
Im Auftrag  
Dr. Thunig-Nittner

### „Konkret“-Herausgeber erstattet Anzeige gegen Springer!

Der Herausgeber der Hamburger Zeitschrift „Konkret“, Roehl, hat Strafanzeige wegen Volksverhetzung (Paragraph 130 Stgb) gegen den Verleger Springer sowie gegen die Chefredakteure Kremp („Die Welt“) Prinz („Bild“) und Encke („Welt am Sonntag“) erstattet. Nach Angaben von Roehl wurde die Strafanzeige mitunterzeichnet von einer Reihe bekannter Schriftsteller und Publizisten, unter anderem von Walter Jens und Robert Neumann. Den Beschuldigten wird vorgeworfen, kriminelle Handlungen der Baader-Meinhof-Gruppe als „Vorwand“ zu benutzen, um „alle linken Organisationen in der Bundesrepublik sowie zahlreiche demokratische Professoren, Journalisten, Schriftsteller und Juristen für diesen individuellen Terror verantwortlich zu machen und damit zu verleumdern“.

Unerwartet ist am 4. Oktober 1972 unser  
Kamerad

**Albert Knorr**

Stadtverordneter von Frankfurt/Main

von uns gegangen.

Am Aufbau unserer Organisation ist er mitbestimmend gewesen. In seiner Vaterstadt Frankfurt/Main hat er sich zwei Jahrzehnte am Wiederaufbau beteiligt. Sein aufrechtes und tapferes vorbildliches Wirken für unsere Demokratie verpflichtet uns zu großem Dank.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

**Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold**  
Bund aktiver Demokraten e. V.  
Bundesvorstand  
W. Haag            H. Esser

Ortsverein Ffm.  
Fr. Funk

Das Reichsbanner. Offizielles Organ des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e. V. und des Freiheitsbundes e. V. Berlin.

Nr. 11 — November 1972 — 16. Jahrgang — Erscheint seit 1924

Herausgeber: Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bundesvorstand,  
6 Frankfurt am Main, Reineckstraße 7, Telefon: (0611) 29 41 61.

Redaktion u. verantwortlich: Erich Knapp, 5205 St. Augustin-Müllsdorf, Narzissenweg 19, Telefon (02241) 2 56 87.

Stellvertretender Pressereferent und stellvertretender Redakteur

„Das Reichsbanner“: Walter Jansen, 23 Kronshagen/Kiel, Steindamm 1c,  
Telefon (04 31) 58 13 24

Druck: J. Jäger, Frankfurt-Niederrad.

Die unter Verfasseramen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Falle unbedingt die Meinung der Redaktion dar.

Kostenloser Nachdruck mit Quellenangabe gestattet und erwünscht, gegen Belegübersendung.